

Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23 2 / 2015

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

Inhalt

Neues aus dem Wahlkreis

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Aktuelle Themen aus dem Landtag



Neues aus dem Wahlkreis

Neuer Streit um geplante Polizeiwache

Gebrochene Versprechen wirft CDU-Landtagsabgeordneter Danny Eichelbaum der Landesregierung vor.

"Alles Wahlkampf - es ist noch nicht einmal die Baugenehmigung für den Neubau der Polizeiwache Ludwigsfelde erteilt", sagt er angesichts der 2014 unterschriebenen Ankündigung von Innenminister Ralf Holzschuher (SPD), die Polizisten würden zum Jahreswechsel 2015/16 aus dem maroden 4-Familien-Haus von 1936 in ihr neues Domizil direkt an der Autobahn umziehen. Eichelbaum hatte eine parlamentarische Anfrage im Landtag gestellt. Die Antwort von Landesfinanzminister Christian Görke (Linke) fiel denkbar knapp aus. Es gebe noch keine Baugenehmigung, keinen Termin zum Baubeginn, geschweige denn ein Einzugsdatum.

Damit war für Eichelbaum die Unterzeichnung der damaligen Absichtserklärung zwischen der Stadt und der Landesregierung endgültig "eine groß angelegte PR-Aktion". "Leidtragende sind vor allem die Polizisten, deren Arbeitsbedingungen unzumutbar sind", beklagt sich Eichelbaum. Seit Jahren würden ihnen von ihren Dienstherren, den Brandenburgern Innenministern moderne Arbeitsbedingungen versprochen. Eichelbaum ist nun gespannt, "was den Bürgern und der Polizei im Bürgermeisterwahlkampf noch versprochen wird". Baufachbereichsleiter Torsten Klaehn aus Ludwigsfelde, wegen des Tods von Bürgermeister Frank Gerhard (SPD) bis zur Neuwahl im September amtierender Rathauschef, ist nicht beunruhigt. Seiner Meinung nach wurde nichts versäumt. Die Baugenehmigung für das Großprojekt Neue Mitte mit neuer Polizeiwache erwarten er und der holländische Zentrumsentwickler Ten Brinke im Juni. Die Bauzeit für das 20-Millionen- Euro- Vorhaben betrage etwa ein Jahr, so Klaehn. Derzeit warten 45 Polizeibeamte, fünf Kriminalisten und acht Revierpolizisten auf den Umzug, der ihnen schon seit 2006 oft versprochen worden war.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 20.05.2015



Beim Fest der Toleranz in Mellensee am 06.06.2015 mit der Präsidentin des Landtages Brandenburg Frau Britta Stark MdL und der Fischerkönigin von Mellensee

Katja Buschmann wirbt für Edelgemüse - 17-Jährige ist die neue Siethener Spargelkönigin

Sie segelt gern und will einmal Seevermesserin werden – aber in diesem Jahr kümmert sich Katja Buschmann aus Jütchendorf erstmal um den Spargel. Die 17-jährige Abiturientin vom Ludwigsfelder Marie-Curie-Gymnasium ist am Wochenende beim offiziellen Anstich zur neuen Siethener Spargelkönigin gekrönt worden.

„Du sitzt vorne auf der Kutsche. Und es kommt jemand, der Dir hochhilft!“. So beschreibt Diana Fiebig der frisch gebackenen Siethener Spargelkönigin Katja Buschmann ihr neues Amt. Diese stand freudestrahlend und sichtlich überrascht vom ganzen Trubel beim offiziellen Spargelanstich neben dem Kremser. Diana Fiebig war 2005 die erste Königin, die auf dem Spargelhof der Familie Ehlert in Siethen gekrönt wurde. Sie und die beiden „Majestäten“ Jana Saalfeld (2012) und Marja Schleeh (2013) nahmen an der Krönung ihrer Nachfolgerin und dem Spargelanstich, der offiziellen Eröffnung der neuen Spargelsaison am Wochenende, teil.



Auf dem Spargelhof gegenüber der Dorfkirche herrschte Volksfeststimmung. Hunderte Fahrräder und noch mehr Autos brachten Besucher aus der Region und viele Berliner Ausflügler in das Dorf. Nicht nur Spargel war an den Tischen im Freien und im Hofladen gefragt: Bratwurst und Steak gingen ebenso über die Theken wie Kuchen, Kaffee, Bier und Wein. „Albrechts Partyband“ lieferte den musikalischen Rahmen.

Spargelbauer Roderich Ehlers eröffnete den Spargelanstich im Beisein der Kommunalpolitik: Andreas Igel, Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung von Ludwigsfelde und Bürgermeisterkandidat der SPD, Christian Kötzing, Ortsvorsteher von Siethen, die Landtagsabgeordneten Helmut Barthel (SPD) und Danny Eichelbaum (CDU), Gertrud Klatt (CDU) und Landrätin Kornelia Wehlan Linke) feierten mit. Kornelia Wehlan legte der neuen Spargelkönigin die Schärpe um, Andreas Igel setzte ihr die Krone auf und verdiente sich damit das erste „royale“ Küsschen. Dann fuhren die vier Majestäten mit den Politikern und dem Ehepaar Ehlers im Kremser aufs Spargelfeld. Der Ausflug war die erste offizielle Amtshandlung der neuen Spargelkönigin Katja Buschmann.

Die 17-jährige gebürtige Siethenerin lebt in Jütchendorf. Sie arbeitet in der zweiten Saison in den Ferien und an Wochenenden auf dem Spargelhof, steht im Verkauf oder kellnert. Das macht ihr viel Spaß. „Die Radfahrer sind besonders freundliche Gäste“, sagt sie. Roderich Ehlers hatte sie ermuntert, sich als Spargelkönigin zu bewerben. Sie besucht das Ludwigsfelder Marie-Curie-Gymnasium und brachte gerade die ersten Abi-Prüfungen hinter sich. Ihren Berufsweg hat sie fest im Blick: Ausbildung zur Vermessungstechnikerin in Rostock, Studium der Nautik „und dann hoffentlich ein Job beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie in Bad Doberan“. Seevermessung wäre ihr Traumberuf. Katja liebt Wellen und Wind: Seit ihrem sechsten Lebensjahr segelt sie im Segelverein Kenterclub Siethen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 04.05.2015

Dorffest in Gröben am 16.05.2015



Spatenstich Ende Mai - Politiker kritisieren "Verzögerungen" beim B 101-Ausbau

Luckenwalde - Immer noch quält sich der Autoverkehr auf der alten B101 zwischen Trebbin und Kerzendorf auf zwei Spuren über eine enge Allee und mitten durch Thyrow. Und das, obwohl die Beseitigung dieses Nadelöhrs durch den Bau einer Ortsumfahrung um Thyrows schon längst planfestgestellt und die Finanzierung geklärt worden ist. Die beiden CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum und Sven Petke kritisieren in einer gemeinsamen Pressemitteilung den anhaltenden Zustand.

Sie sprechen darin von einer "weiteren Verzögerung des Baubeginns der Thyrower Ortsumfahrung". Weiter heißt es: "Eigentlich sollte im März mit dem Bau begonnen werden", aber daraus werde wieder mal nichts. In diesem Abschnitt gab es in der Tat einige Planungsverzögerungen, da erfolgreich gegen den ursprünglichen Planfeststellungsbeschluss geklagt wurde. Die Planänderung nahm viel Zeit in Anspruch, so dass erst im Juni vergangenen Jahres das Baurecht mit einem neuen Planfeststellungsbeschluss geschaffen werden konnte. Doch danach tat sich immer noch nichts.

Wann denn nun genau mit dem Baubeginn zu rechnen ist, darüber herrscht auch nicht in allen beteiligten Behörden Klarheit. Die Bauverwaltung des Landkreises Teltow-Fläming verweist auf den Landesbetrieb für Straßenwesen, der die Bundesstraße unterhält. Dieser aber ist nicht für den Ausbau zuständig. Dies sei eine Angelegenheit der Deutschen Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH (Deges), hieß es. Eine Deges-Mitarbeiterin verwies auf Anfrage wiederum an das Bundesverkehrs- und an das Landesinfrastrukturministerium. Im Kreis-Regionalausschuss am Dienstagabend fragte René Haase (CDU), warum es bei der B101 zu Verzögerungen komme. Laut dem Beigeordneten und Planungsdezernenten Detlef Gärtner (SPD) gibt es keine Bauverzögerung.

Der Baustart sei im zweiten Quartal 2015 zu erwarten. "In allen unseren Unterlagen ist vom Mai die Rede", sagte auch Steffen Streu, Pressesprecher des brandenburgischen Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung, gegenüber MAZ, "wir liegen also im Zeitplan". Etwas genauer wird die Pressestelle im Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur. Man habe die Finanzierung im Interesse eines zügigen Baubeginns schon im Juli 2014 zugesagt mit der Bitte um Baubeginn im Frühjahr 2015. Aktuell habe das Land Brandenburg als Termin für den ersten Spatenstich Ende Mai genannt.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 09.04.2015

Baubeginn der B101-Ortsumfahrung Thyrow
am 28.05.2015



Osteraktion der CDU-Großbeeren am 04.04.2015

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Landschaftsschutzgebiet „Wierachteiche – Zossener Heide“ soll vor Gericht erstritten werden - Kreis will gegen Landesplanung klagen

Die Kreisverwaltung rechnet fest damit, dass das von ihr betriebene Verfahren zur Unterschutzstellung des geplanten Landschaftsschutzgebietes „Wierachteiche – Zossener Heide“ von der Gemeinsamen Landesplanung untersagt werden wird. Dagegen will man sich wappnen. Der Kreisausschuss befürwortete bereits vorsorgliche rechtliche Maßnahmen.

Luckenwalde. Es sieht ganz danach aus, als ob die Unterschutzstellung des geplanten Landschaftsschutzgebietes (LSG) „Wierachteiche – Zossener Heide“ verhindert werden soll. Das wiederum will der Landkreis Teltow-Fläming verhindern. Schließlich hat der Kreistag die Unterschutzstellung beschlossen und entsprechende Gutachten in Auftrag gegeben. Doch er erwartet eine Unterlassungsverfügung von der Gemeinsamen Landesplanung (GL) gegen das LSG. Damit würde die Errichtung von Windrädern in dem im Regionalplan vorgesehenen Windkrafteignungsgebiet (WEG) 33 ermöglicht. Dagegen will der Kreis rechtzeitig und fristwährend Rechtsmittel einlegen.

Der Kreisausschuss stimmte dem zwar einstimmig (bei einer Enthaltung) zu, aber auch dabei kam es zu Diskussionen. Immerhin dürfte das Gerichtsverfahren Kosten von bis zu 10 000 Euro verursachen. Das Geld soll aus dem Budget des Umweltamtes für Gutachterkosten entnommen werden, denn ohne professionelle Unterstützung einer spezialisierten Anwaltskanzlei sei eine solche Klage angesichts der juristischen Komplexität für die Kreisverwaltung nicht leistbar, meinte Umweltamtsleiter Manfred Fechner.

Große Zweifel an den Erfolgchancen meldete Detlev von der Heide (SPD) an. Schließlich habe der Kreis dem Regionalplan zugestimmt. Dabei habe man sich aber ausdrücklich gegen das WEG 33 ausgesprochen, betonte Landrätin Kornelia Wehlan (Linke), die auch im Regionalrat sitzt. Trotzdem sei der Plan das kleinere Übel, so Wehlan: „Was mit dem Regionalplan kommt, ist schon schlimm. Was ohne in kommt, ist noch viel schlimmer.“ Ohne ihn müsste fast die doppelte Anzahl an Windrädern genehmigt werden, also auch dort, wo sie der Plan nicht vorsieht.

Von der Heide zweifelte die Schutzwürdigkeit des Gebiets an. Hier gehe es weniger um Landschafts- und Naturschutz, meinte er angesichts der Kfz-Versuchsanlage im Gebiet und einer Villa, deren Grundstück wohl aus dem LSG herausgenommen worden sei. Er empfahl abzuwarten, was in der Verfügung steht.

Danny Eichelbaum (CDU) widersprach ihm. „Das LSG ist schutzbedürftig“, betonte er. Man sollte den politischen Beschluss des Kreistags nicht in Frage stellen. Dies sei ja auch vom fachlichen Gutachten untermauert, pflichtete ihm Hans-Stefan Edler (AfD) bei.

„Wir haben als Verwaltung alles erbracht, was wir tun konnten“, sagte die Landrätin zu den erschienenen Mitgliedern der BI „Freier Wald“. „Wenn wir die Untersagungsverfügung haben“, so Wehlan, „werden wir sorgsam abwägen, wie wir uns dazu verhalten.“

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 27.05.2015

Eröffnung der Seniorenwoche in Luckenwalde am
08.06.2015



Reformpläne des Innenministers - Zwei von drei Gemeinden müssen fusionieren

Von den 31 Kommunen in den Landkreisen Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming werden nur zehn eigenständig bleiben können. Die anderen müssen sich Partner suchen, denn sie erfüllen nicht die Bedingung für die Eigenständigkeit, die im Leitbild für die Verwaltungsreform aufgeführt sind.

Königs Wusterhausen. Partnerwahl ist eine komplizierte Sache. Bei Menschen gibt es da zumindest ein paar Leitlinien: das Aussehen ist irgendwie wichtig, Sympathie spielt eine Rolle und die inneren Werte, naja, man kennt das. Aber wie ist das bei Verwaltungspartnern?

Über diese Frage müssen sich viele Kommunen der Region wohl demnächst ernsthafte Gedanken machen, ob sie wollen oder nicht. Denn laut einem Reformpapier, das Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) am Dienstag vorgestellt hat, sollen die Verwaltungsstrukturen so verändert werden, dass es auf lange Sicht keine eigenständigen Kommunen mehr mit weniger als 10000 Einwohnern gibt – trotz stetigem Rückgang. Um das zu erreichen, sollen bis spätestens 2023 große Verwaltungseinheiten gebildet werden. Weil die letzte Gemeindegebietsreform von 2003 den Verantwortlichen aber noch schwer im Magen liegt, verzichtet man auf eine weitere. Schröters Reformpapier sieht andere Wege vor.

Das Ministerium offeriert drei Möglichkeiten. Entweder Kommunen schließen sich freiwillig zusammen, oder sie bleiben politisch selbstständig, fusionieren aber ihre Verwaltungen und wählen einen gemeinsamen Bürgermeister. Dieses Konstrukt nennt man dann Amtsgemeinde. Oder aber sie bilden nur eine gemeinsame Verwaltung. In diesem Fall würde ein Rathaus für zwei Gemeinden zuständig sein. Oder auch für drei. So viele, wie es eben braucht, um auf mindestens 10000 Einwohner zu kommen.

Wenn Thomas Berger (CDU), Bürgermeister von Trebbin, demnächst die Arbeitsgemeinschaft der Bürgermeister und Amtsdirektoren von Teltow-Fläming zusammenruft, dürfte dieser Punkt auf reges Interesse stoßen, denn er betrifft die Mehrheit der Kommunen. Legt man die bisher letzte Einwohnerprognose aus dem Jahr 2011 zu Grunde, dann müssen sich in Teltow-Fläming die Gemeinden Am Mellensee, Baruth, Großbeeren, Niedergörsdorf, Niederer Fläming, Nuthe-Urstromtal, Trebbin und das Amt Dahme/Mark schon mal nach potenziellen Partnern umschauchen. In Dahme-Spreewald sind sogar 13 von 17 Kommunen betroffen (siehe Grafik).

Für die Ämter Dahme und Schenkenländchen wird es sogar doppelt kompliziert. Sie brauchen nicht nur Partner, sondern müssen sich auch selbst neu aufstellen. Denn das Amtsmodell hat in Brandenburg ausgedient. Aus Ämtern sollen Amtsgemeinden werden mit direkt gewählten Bürgermeistern und Amtsgemeinderäten.

Thomas Koriath, Amtsdirektor von Schenkenländchen, bereiten diese Aussichten kein Unbehagen. Vor einem Jahr hatte er sogar schon einmal bei der Nachbarstadt Baruth nachgefragt, ob man nicht gemeinsame Sache machen wolle. Dann wurde er aber vom Amtsausschuss zurückgepfiffen. „Deshalb halten wir vorerst still. Wir liegen außerdem am Rand des Landkreises und müssen abwarten, wie die neuen Kreiszuschnitte aussehen. Aber ich halte eine solche Reform grundsätzlich für sinnvoll“, sagt er.

Thomas Berger hat da eine andere Meinung: „Mit kommunaler Selbstverwaltung hat das nichts mehr zu tun.“ Ihn stört auch, dass das Land vor allem deshalb große Verwaltungseinheiten fordert, weil es den Kommunen neue Aufgaben überhelfen will – und zwar nach Bergers Meinung vor allem solche, die entweder unwichtig, lästig oder aber dem Land zu teuer sind. So sollen die Gemeindeangestellten künftig Müll aus den Wäldern sammeln, Raserei auf den Ortsstraßen ahnden und Schulden des Landes eintreiben. „Das ist personal- und zeitaufwendig. Und die Schulden des Landes gehen uns überhaupt nichts an“, sagt Berger.

Auch Teltow-Flämings CDU-Chef und Landtagsabgeordneter Danny Eichelbaum findet wenig Gutes an der Reform und kritisiert sie als „unausgegoren, bürgerfern und kommunalfeindlich.“ „Wer die bisherige Kreis- und Gemeindestrukturen verändert, der berührt damit nicht nur

wesentliche Teile des öffentlichen Lebens, sondern auch die Identifikation unserer Mitbürger mit ihrem Landkreis", sagt Eichelbaum.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 21.05.2015

Anschlag auf geplantes Flüchtlingsheim - Nach Attacke in Zossen Verdächtige frei / Gründe für Haftantrag unzureichend

Potsdam/Zossen. Auf ein geplantes Flüchtlingsheim in Zossen (Teltow-Fläming) ist ein Brandanschlag verübt worden. Die Polizei nahm nach der Tat am Samstag zwei Verdächtige fest. Die 23 und 32 Jahre alten Männer stammen aus Zossen und gehören laut Polizei der rechtsextremen Szene an. Inzwischen sind sie wieder auf freiem Fuß, sagte ein Behördensprecher am Sonntag. Es hätten keine ausreichenden Gründe für einen Haftantrag vorgelegen, teilte die Staatsanwaltschaft mit. Zossen ist in der Vergangenheit wiederholt durch rechtsextremistische Übergriffe in die Schlagzeilen gekommen.

In dem Ort soll auf dem früheren Militärgelände Wünsdorf-Waldstadt eine weitere Außenstelle zur Erstaufnahme von Asylsuchenden entstehen. Die ersten 500 Menschen könnten nach bisherigen Plänen ab Anfang 2016 auf dem landeseigenen Grundstück untergebracht werden. Bis 2017 könnten bis zu 1200 Plätze entstehen. Seit Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) die Pläne vorgestellt hat, wird das Gelände besonders bewacht. Der Brandanschlag wurde durch eine Polizeistreife bemerkt. Beamte beobachteten in der Nacht zum Samstag gegen 0.50 Uhr ein Auto auf dem Gelände. Als sie dieses kontrollieren wollten, flüchtete der Fahrer.

Der Wagen fuhr sich jedoch in einem Sandhaufen fest. Während der Fahrer wegrannte, blieb der 23-jährige Beifahrer im Auto. Die Polizisten nahmen ihn fest. In dem Auto, das auf eine Verwandte des Jüngeren angemeldet ist, fanden die Ermittler verbotene polnische Feuerwerkskörper, Streichhölzer und Brandbeschleuniger sowie Plakate mit fremdenfeindlichen Sprüchen. Am Nachmittag konnten sie auch den Älteren in Zossen stellen. Bei beiden seien weitere Durchsuchungen veranlasst worden, hieß es. Dabei seien Beweismittel sichergestellt worden. Insgesamt waren knapp 60 Beamte im Einsatz, unter anderem um Spuren am Brandort zu sichern. Der Schaden an dem Gebäude selbst ist laut Polizei gering. Das Feuer konnte durch die Polizisten gelöscht werden. Innenminister Schröter verurteilte die Tat. "Menschen in Not werden weiter eine sichere Zuflucht in unserem Land erhalten. Daran werden auch rechtsextremistische Brandstifter nichts ändern", betonte er. "Die hinterhältige und feige Tat der beiden Männer ist beschämend und macht mich fassungslos", sagte Danny Eichelbaum, Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Teltow-Fläming.

Quelle: Lausitzer Rundschau, 18.05.2015



Gedenkveranstaltung und Diskussion „70 Jahre Frieden in Ludwigsfelde“ am 22.04.2015



Fest der Toleranz in Mellensee am 06.06.2015

Wolf hat entscheidende Grenze erreicht - Bauern und Jäger fordern ehrliche Zahlen und klare Richtlinien zum Umgang mit Isegrim

Ihlow. Die Gefahren und Schäden durch die ansteigende Wolfspopulation im Land Brandenburg werden unterschätzt. Davon sind die Landwirte und Jäger im Land überzeugt. Sie sehen dringenden Handlungsbedarf und fordern von der Politik klare Richtlinien. Das wurde am Freitag in einer vom CDU-Stadtverband Jüterbog initiierten Diskussionsrunde in Ihlow deutlich. Artenschutz ja, doch es müssen auch klare Grenzen gesetzt werden.

Auch dem Wolf. "Er hat seinen Lebensraum in den großen Naturschutzgebieten, doch wenn er um die Dörfer streift, kommt er den Menschen und Nutztieren zu nahe", sagt Dirk-Henner Wellershoff. Genau das sei inzwischen in vielen Landkreisen Brandenburgs zu beobachten, beschrieb das Präsidiumsmitglied des Landesjagdverbandes die Situation. Seien es 2012 noch rund 100 Wölfe im Land gewesen, habe sich deren Zahl inzwischen auf 300 bis 400 Tiere erhöht. Das decke sich nicht mit den weit darunter liegenden offiziellen Zahlen von Nabu und Landwirtschaftsministerium, weiß Wellershoff. Doch es würden ehrliche Zahlen gebraucht. Deshalb sollten diejenigen in die Zählung einbezogen werden, die ständig draußen sind – die Jäger und die Bauern. Bürokratische Hürden müssten abgebaut werden. "Wir brauchen dringend ein Formular, nur eine Seite, wo die Wolfssichtungen von ihnen festgehalten werden."

Einen ehrlicheren Umgang mit dem Thema wünschen sich auch die Bauern. Weil die für den Erhalt erforderliche Anzahl von 1000 Tieren in Deutschland offiziell noch nicht erreicht sei, stehe der Wolf hier unter strengem Schutz. "Doch es besteht ein Zusammenhang mit den 35 Rudeln oder Paaren in Deutschland und den 31 Rudeln in Westpolen", ist Heiko Terno, Vizepräsident des Landesbauernverbandes überzeugt. Die Folge seien nicht nur gerissene Schafe oder Kälber. Die Mutterkuhherden zeigten ein deutlich aggressiveres Verhalten. "Was ist, wenn die Kühe auf der Flucht vor dem Wolf ausbrechen, über Bahngleise oder die Autobahn laufen? Wer trägt dann die Kosten?", zeigt er auf, womit sich Bauern konfrontiert sehen.

Die weidenden Kühe in der Landschaft werden verschwinden, eine naturnahe Bewirtschaftung der Flächen kaum noch stattfinden, prognostiziert Heiko Terno. Die Landwirte der Agrargenossenschaft Welsickendorf haben ihre Konsequenz bereits gezogen. Sie lassen ihre trächtigen Kühe, die nicht mehr gemolken werden, im Stall. "Sie kommen nicht mehr raus auf die Weide", sagte der Vorstandsvorsitzende Wilfried Krieg. Denn in der Umgebung des Dorfes hätten die Wolfsspuren zugenommen, und Verluste wollen sie nicht riskieren.

Der Bauernverband fordert deshalb, eine Vergrämung des Wolfes zu ermöglichen, mit Gummigeschossen. "Der Wolf muss lernen, was er fressen darf und was nicht", schließt sich auch der Jagdverband an. "Wir brauchen eine Änderung im Schutzstatus und klare Richtlinien, doch die Politik ist vollkommen beratungsresistent", erklärt Dirk-Henner Wellershoff. Auch die Wiedereinschleppung der Tollwut sei ein "Riesenthema" und zum Umgang mit verletzten Tieren gebe es überhaupt keine Rechtssicherheit. Die Polizei könne nicht handeln, die Jäger auch nicht.

Im Landtag werde das Thema sehr ideologisch betrachtet, und nicht gesehen, welche Gefahr der Wolf darstellt, antwortete der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum auf die Fragen der Jäger und Landwirte. Doch es müsse einen Rechtsanspruch auf unbürokratischen Schadensersatz geben, Problem-Wölfe sollten abgeschossen werden dürfen, und "der Wolf muss endlich unter Jagdrecht gestellt werden", nannte er drei Forderungen, auf die sich die Fraktion im Landtag konzentrieren werde. Der Landesjagdverband will noch im Sommer eine Interessengemeinschaft mit weiteren Landnutzern, wie Bauern- und Fischereiverband bilden, um sich bei der Landespolitik besseres Gehör zu verschaffen.

Quelle: Lausitzer Rundschau, 09.05.2015

Mindestabstand gefordert

Die Entfernung zwischen neu zu genehmigenden Windkraftanlagen und den nächsten Gebäuden soll mindestens zehnmal so weit sein, wie das jeweilige Windrad hoch ist (Zehn-H-Regel). Das fordert der Kreistag von Teltow-Fläming. Bei seiner Sitzung am Montagabend fasste er mehrheitlich den Beschluss, die Landesregierung aufzufordern, "unverzüglich Möglichkeiten" zu prüfen, "dass künftige Windkraftanlagen einen Mindestabstand des Zehnfachen ihrer Höhe zur zulässigen baulichen Nutzung einzuhalten haben".

Damit folgte der Kreistag der Empfehlung des Umweltausschusses, der wiederum einem Vorschlag der CDU folgte. Danny Eichelbaum, Vorsitzender des Ausschusses und der CDU-Fraktion, begründete diese Abstandsregelung mit der Notwendigkeit, sich an der Akzeptanz der Bevölkerung zu orientieren. Er führte gesundheitliche Beeinträchtigungen, Landschaftszerstörung, Verlust der Grundstückswerte, Schlagschatten und Infraschall ins Feld. Außerdem habe Bayern auch eine solche Regelung eingeführt, und "was gut ist für Bayern, kann nicht schlecht sein für Teltow-Fläming".

Der Mindestabstand sollte 2000 Meter betragen, forderte zudem Hans- Stefan Edler (AfD). Der entsprechende Änderungsantrag seiner Fraktion wurde aber mehrheitlich abgelehnt. Widerspruch zur von der CDU durchgesetzten Zehn-H-Regel kam von der SPD. Christian Grüneberg bezweifelte, dass sie rechtlich haltbar ist. Außerdem würden damit die Ziele des Erneuerbare-Energien- Gesetzes (EEG) unterlaufen. Schließlich müssten demnach zwei Prozent der Fläche für Windkraftanlagen zur Verfügung gestellt werden. Wer größere Abstandsflächen zur Bebauung fordere, dränge den Windradbau in Landschaftsschutzgebiete. Unterstützung bekam er von seinem Fraktionskollegen Detlev von der Heide. Zulässige bauliche Nutzungen seien auch Messegelände und Industrieanlagen, Atomkraftwerke und Sportanlagen. "Wollen Sie die wirklich vor den Gefahren der Windkraft in Schutz nehmen?", fragte er Eichelbaum. Gertraud Rocher (FDP) forderte noch größere Abstände. Andreas Igel (SPD) widersprach: "Damit könnten Industriegebiete ihren hohen Energiebedarf nicht ökologisch decken."

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 30.04.2015

25jähriges Betriebsjubiläum der Firma A. Reich GmbH in Jüterbog am 05.06.2015



Präsentation der 1. Bundesligamannschaft des 1. Luckenwalder SC in Luckenwalde am 29.05.2015

Feuerwehrtechnik-Firma übergibt Fahrzeuge ans Technische Hilfswerk - Neues Gerät für die Retter aus Luckenwalde

Feuerwehren aus Bayern, Hessen oder Mecklenburg-Vorpommern haben eines gemeinsam: Sie haben am Sonnabend ein neues Einsatzfahrzeug auf dem Hof der Firma Rosenbauer Feuerwehrtechnik in Luckenwalde abgeholt. Insgesamt hat das Unternehmen in der Vergangenheit 150 Schlüssel an das Technische Hilfswerk ausgegeben. Der Auftrag ist vorerst abgeschlossen, denn eine Änderung der EU-Norm kam dazwischen.

Luckenwalde . Auf dem Hof der Firma Rosenbauer Feuerwehrtechnik in Luckenwalde herrschte am Sonnabendvormittag außergewöhnliches Treiben. An die 40 in arbeitsblau gekleidete Männer und Frauen zogen in Gruppen zwischen großen und blau strahlenden Fahrzeugen umher. Die Helfer des Technischen Hilfswerks (THW) waren aus den verschiedensten Teilen der Bundesrepublik gekommen, um für ihre Ortsverbände neue Einsatzfahrzeuge in Empfang zu nehmen.



Das Unternehmen Rosenbauer übergab an diesem Tag acht neue Gerätekraftwagen im Wert von rund zwei Millionen Euro. Regionalverkaufsleiter Rainer Worm überreichte symbolisch den Schlüssel an THW-Referatsleiterin Dagmar Klus – ein besonders feierlicher Augenblick, denn es war der Schlüssel für das 150. und vorerst letzte Einsatzfahrzeug, das vom Luckenwalder Unternehmen an das THW ging.

Neue EU-Norm, neue Ausschreibung "190 Fahrzeuge waren eigentlich geplant", sagte Dagmar Klus, "aber der Vertrag mit Rosenbauer wurde hinfällig, nachdem die Euronorm für solche Einsatzfahrzeuge geändert wurde." Auf die Veränderungen müsse nun mit einer erneuten Ausschreibung und Verträgen reagiert werden, die der aktuellen EU-Norm entsprechen. Rainer Worm dazu: "An der neuen Ausschreibung wird sich Rosenbauer auf jeden Fall beteiligen – wir haben das Know-how und die nötige Erfahrung."

Den symbolischen Schlüssel für das 150. Fahrzeug gab Dagmar Klus an Carsten Schulte vom THW-Ortsverband Barmstedt (Schleswig-Holstein) weiter. "Wir freuen uns mächtig", sagte er, "obwohl unser altes Fahrzeug einen gewissen Charme hat. Aber es ist Baujahr 1986 und hat nun ausgedient." Über neue Gerätekraftwagen freuten sich auch die Schleswig-Holsteinischen THW-Ortsverbände Plön, Ahrensburg und Rendsburg sowie die Ortsverbände Ludwigslust (Mecklenburg-Vorpommern), Ibbenbüren (Nordrhein-Westfalen), Marburg (Hessen) und Wört (Bayern).

Die Fahrzeugplanung für den Landkreis liegt erstmal auf Eis

Wie es diesbezüglich mit dem Landkreis Teltow-Fläming stehe, wollte Land- und Kreistagsabgeordneter Danny Eichelbaum (CDU) wissen. "Der Ortsverband Luckenwalde präsentiert das THW im Landkreis Teltow-Fläming", sagte Dagmar Klus. Ein neues Einsatzfahrzeug für Luckenwalde sei für die nächsten drei Jahre angedacht gewesen. Jetzt müsse aber erst die neue Ausschreibung und Vertragsgestaltung abgewartet werden. Danny Eichelbaum zeigte sich beeindruckt vom Engagement der ehrenamtlichen THW-Helfer, die am Vormittag von Rosenbauer-Mitarbeitern in die Handhabung der Einsatzwagen eingewiesen wurden, ehe es mit dem neuen Fahrzeug auf die Heimreise ging.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 13.04.2015

Kreis erstellt Konzept zur Integration

Luckenwalde - Der Kreistag Teltow-Fläming hat bei seiner jüngsten Sitzung die Kreisverwaltung damit beauftragt, ein Integrationskonzept für die Arbeit mit Flüchtlingen und Asylbewerbern zu erarbeiten. Dabei sollen die Handlungsfelder Sprachförderung, Bildung, Wohnen, soziale Beratung und Betreuung sowie die Bereiche Arbeitsmarkt, Sport, Freizeit und Kultur sowie Senioren berücksichtigt werden.

Einstimmig verabschiedeten die Kreistagsabgeordneten bei fünf Enthaltungen einen Antrag der CDU-Fraktion. Demnach soll die Kreisverwaltung prüfen, inwieweit Integrationsmaßnahmen und -projekte für Flüchtlinge seitens der kreisangehörigen Kommunen sowie die Sportvereine im Landkreis, die sich dieser Aufgabe stellen, zielgenau finanziell gefördert werden können. Die Förderrichtlinien, so der Beschluss, seien dementsprechend zu ändern beziehungsweise zu ergänzen.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Danny Eichelbaum begründete seinen Antrag damit, dass sprachliche Distanz, unterschiedliche Wertevorstellungen oder bürokratische Barrieren zu einer gefühlten oder gar tatsächlichen Isolation führen können. Dem müsse entgegengewirkt werden. Dies setze aber auch die Integrationsbereitschaft der Flüchtlinge voraus. Eichelbaum setzt dabei insbesondere auf die integrative Kraft der Sportvereine, die dabei unterstützt werden sollten.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 17.03.2015



Eröffnung der Straßenunterführung Kienitzer Straße in Rangsdorf am 30.05.2015

Neumitgliederempfang des CDU-Kreisverbandes
Teltow-Fläming in Thyrow am 19.05.2015



Gedenkveranstaltung in Baruth/Mark anlässlich des
70. Jahrestages des Endes des 2. Weltkrieges am
08.05.2015



Aktuelle Themen aus dem Landtag

Scharfe Kritik an geplantem Stellenabbau in der Justiz

SPD und Linke planen bis 2018 knapp 100 Stellen bei Richtern und Staatsanwälten zu streichen

Potsdam Lange Ermittlungsverfahren, überlastete Gerichte: Im Landtag zeichnet die Opposition kein gutes Bild von der Situation im Rechtswesen. Die Koalition hält dagegen und meint, sie tue genug.

Die Opposition im Potsdamer Landtag hat der rot-roten Koalition eine fahrlässige Personalplanung im Justizbereich vorgeworfen. Verfahren bei Staatsanwaltschaften und Gerichte würden immer langsamer, kritisierte der Grünen-Abgeordnete Benjamin Raschke in einer Aktuellen Stunde. «Was ist das Recht noch wert, wenn es überhaupt nicht rechtzeitig kommt?» fragte er.

Die Grünen wie auch die anderen Oppositionsfraktionen forderten Justizminister Helmuth Markov (Linke) auf, gegenzusteuern und etwa mehr Richter und Staatsanwälte einzustellen. Gerichte würden zum Teil große Berge unerledigter Verfahren vor sich herschieben.

Markov verwies dagegen darauf, dass der Personalbedarf nach einer bundesweit einheitlichen Methode anhand der Eingangszahlen der Fälle berechnet werde - nach dem «Pebb\$y»-System. Da die Zahlen in vielen Bereichen sanken, werde weniger Personal benötigt. Die Koalition von SPD und Linke plant, bis 2018 insgesamt knapp 100 Stellen bei Richtern und Staatsanwälten zu streichen.

An einzelnen Standorten und bei Sozialgerichten Probleme gibt es zwar Probleme, wie Markov einräumte. Doch dort, wo die Verfahrenslaufzeiten besonders lang und die Rückstände besonders hoch seien, würden Stellen geschaffen. In den kommenden Jahren seien im Justizbereich Schritt für Schritt Neueinstellungen geplant.

CDU-Justizexperte Danny Eichelbaum meinte: «Ein Staat ohne funktionierende Justiz ist ein schlechter Staat.» Die Regierung habe laut Landesverfassung für Rechtssicherheit und zügige Verfahren zu sorgen. Gerichtsverfahren würden in Brandenburg mitunter bis zu 70 Prozent länger dauern als im Bundesdurchschnitt. Zunehmend wären deshalb Entschädigungen fällig. «Ihre Politik wird dazu führen, dass die Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg noch längere Verfahren hinnehmen müssen», warf Eichelbaum dem Minister vor. Der AfD-Abgeordnete Thomas Jung sprach von einem «Justizinfarkt».

Die Linken-Abgeordnete Margitta Mächtig erklärte hingegen, es sei Aufgabe des Bundes zu schauen, ob die Vorgaben für die Berechnung des Personalbedarfs noch zeitgemäß seien. Der SPD-Kollege Erik Stohn argumentierte, die Verfahrensdauer im Verwaltungsbereich sei zum Beispiel von früher 35 auf jetzt 18 Monate gesunken. «Wir sichern eine unabhängige und selbstbestimmte Justiz», meinte er.

Zum Schluss der Debatte erklärte der Grünen-Abgeordnete Raschke, dass die Regierung nicht genug tue. Die Berechnung des Personalbedarfs nach dem Pebb\$y-Verfahren würde nicht auf die Qualität des Justizwesens abstellen. «Wir wissen es aus der Ernährungslehre: Pepsi allein ist ungesund und reicht nicht aus.»

Quelle: Lausitz Rundschau, 10.06.2015

Vorsitz übernommen

Jüterbog- Der CDU-Abgeordnete Danny Eichelbaum aus Jüterbog ist seit gestern Vorsitzender des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung des Landtages. Nominiert von seiner Fraktion wählten ihn die Ausschussmitglieder einstimmig zu ihren Vorsitzenden. Der Ausschuss beschäftigt sich vorwiegend mit den Themen: Verkehr, Stadtentwicklung, Wohnen, Bauen und Planung.

Der Volljurist Danny Eichelbaum ist seit 2009 Mitglied des Landtages und gehörte bisher dem Rechtsausschuss, dem Richterwahlausschuss und der Parlamentarischen Kontrollkommission des Landtages als Mitglied an.

Eichelbaum folgt im Amt dem Potsdamer Landtagsabgeordneten Steeven Bretz, der seit Ende April neuer Generalsekretär der CDU -Brandenburg ist.

„Ich freue mich sehr über meine neue Aufgabe und das neue komplexe Betätigungsfeld, welches viele Bereiche des alltäglichen Lebens berührt. In den letzten Jahrzehnten nahm beispielsweise die Mobilität in unserer Gesellschaft immer weiter zu. Verkehrspolitik ist Standortpolitik. Der Auf- und Ausbau der Verkehrswege in Brandenburg muss deshalb Priorität haben.“ so Danny Eichelbaum weiter.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 05.06.2015

"Die Ministerin spielt offenbar auf Zeit" - Nicht nur Oppositionspolitiker Danny Eichelbaum (CDU) wendet sich gegen den Landesentwicklungsplan

Dahmeland-Fläming. Nun also doch: Die Landesregierung hat ihren umstrittenen Landesentwicklungsplan (LEP) aus dem Jahr 2009 mit sofortiger Wirkung wieder in Kraft gesetzt – trotz erfolgreicher Klage mehrerer Städte und Gemeinden in Brandenburg, darunter Dahme/Mark. Der Anwalt der Kommunen hat in der MAZ bereits angekündigt, die Entscheidung erneut anfechten zu wollen, aber auch bei Kommunalpolitikern in der Region Dahmeland-Fläming regt sich Widerstand.

„Für uns kommt es völlig überraschend, dass die Verordnung wieder in Kraft getreten ist“, sagt Christine Denkel, die stellvertretende Amtsdirektorin von Dahme/Mark. „Das Ministerium hat erst kürzlich Fragebögen an die Städte und Gemeinden verschickt, um Verbesserungsvorschläge für den Landesentwicklungsplan einzuholen. Inhaltlich kann sich also mit Sicherheit nicht viel getan haben.“

Das gibt das zuständige Infrastrukturministerium von Kathrin Schneider (parteilos) aber auch gar nicht vor: „Die Gerichtsentscheide gegen den Landesentwicklungsplan bezogen sich nicht auf den Inhalt der Verordnung, sondern auf einen Zitierfehler“, erklärt Ministeriumssprecher Steffen Streu auf MAZ-Nachfrage. „Diesen Fehler haben wir behoben und ansonsten haben die Gerichte bestätigt, dass der Plan völlig in Ordnung sei.“ Die an die Kommunen verschickten Fragebögen seien im Übrigen Teil einer planmäßigen Evaluierung. Für die Inkraftsetzung der Verordnung sei eine Beteiligung der Kommunen nicht erforderlich gewesen: „Es geht darum, Planungssicherheit zu schaffen“, so Steffen Streu.

Der Anwalt der betroffenen Kommunen glaubt allerdings nicht daran, dass die Entscheidung des Ministeriums Bestand haben wird: „Brandenburg ist das einzige von 16 Bundesländern, das die Grundzentren abschafft“, erklärt Matthias Dombert, der 15 brandenburgische Gemeinden vertritt. „Dabei hat der Bund die Grundstrukturen im Planungsrecht gerade gestärkt. Aber das lässt die Ministerin völlig außer Acht“, sagt der Experte für Verwaltungsrecht. Das Verwaltungsgericht Cottbus habe deutlich gesagt, dass der aktuelle LEP keine rechtliche Grundlage hat. „Dass die Verordnung wieder in Kraft gesetzt wurde, ist eine riesige Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Verwaltungsjuristen.“

Der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum aus Teltow-Fläming wittert hinter der Entscheidung des Infrastrukturministeriums politisches Kalkül: „Die Ministerin spielt offenbar auf Zeit, denn die werden erneute Klagen auf jeden Fall brauchen. Ein neuer Landesentwicklungsplan wird ja bereits evaluiert und am Ende wird es ohnehin stärkere Veränderungen geben als bisher gedacht.“ Eichelbaum hätte sich allerdings gewünscht, dass der Plan von vornherein stärker überarbeitet wird: „Das wäre sinnvoller gewesen, weil dieser Plan ohnehin wieder für nichtig erklärt wird. Ich glaube, wir kommen an einer kompletten Neuaufstellung nicht vorbei.“ Eine Missachtung der Justiz will der CDU-Politiker nicht erkennen: „Aber es gibt jetzt schon zwei Gerichtsurteile, die besagen, dass der Landesentwicklungsplan nichtig ist.“

Nach dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hatte zuletzt im März 2015 das Verwaltungsgericht Cottbus geurteilt, dass Gemeinden den Bau neuer Windkraftanlagen nicht mit Verweis auf den LEP versagen dürfen. Investoren hatten geklagt. Genau darin sieht Danny Eichelbaum das eigentliche Problem: „Die Investoren freuen sich, weil sie mit Verweis auf ungültige Regionalpläne gegen die Ablehnung von Bauvorhaben am Rande von Gemeinden klagen können.“ Gerade im Süden von Teltow-Fläming könnten Gemeinden doppelt bestraft werden.

Doppelt, weil Kommunen, die nicht als Mittelzentrum gelten, keine größeren Gewerbegebiete mehr ausweisen dürfen: „Der Möbelhändler Porta wollte hier 250 Arbeitsplätze schaffen, aber es ging nicht, weil wir kein Mittelzentrum sind“, sagt Ortwin Baier (parteilos), Bürgermeister von Blankenfelde-Mahlow. „Das hat mich maßlos geärgert.“ Er hat die Sammelklage gegen den LEP seinerzeit auf den Weg gebracht und will bei seinen Amtskollegen nun dafür werben, erneut zu klagen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 05.06.2015

Besuch des Kraftwerks ‚Schwarze Pumpe‘ in
Spremberg am 25.05.2015



Die Senioren der Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming zu Besuch im Landtag am 21.05.2015

"Richter und Staatsanwälte in Brandenburg arbeiten am Limit"

Das gab es noch nie: In Potsdam gehen 150 Staatsanwälte und Richter auf die Straße. Sie kritisieren geplante Sparmaßnahmen und Stellenabbau - und sehen den Rechtsstaat an der Grenze der Belastbarkeit.

Streiks sind den Brandenburger Richtern und Staatsanwälten verboten – sie sind Beamte auf Lebenszeit. Anders sieht es mit einer Protestkundgebung aus. Und genau dieses Mittel nutzten die Juristen am Donnerstag, um ein Zeichen gegen die Sparpläne der Landesregierung zu setzen. Die Koalition von SPD und Linke plant, bis 2018 insgesamt knapp 100 Stellen zu streichen.

Öffentliche Unmutsäußerungen von Staatsanwälten und Richtern gab es zum Thema Personalpolitik in den vergangenen Wochen und Monaten mehrfach. Doch eine Aktion wie am Donnerstag ist bislang einmalig in der Geschichte Brandenburgs: Mehr als 150 Richter und Staatsanwälte aus allen Gerichten und Staatsanwaltschaften des Landes kamen nach Potsdam und trafen sich um neun Uhr vor der Staatskanzlei.

Auch Behördenleiter reisten an. Anschließend zogen sie gemeinsam mit Transparenten und Trillerpfeifen zum rund 1000 Meter entfernten Landtag und führten eine Kundgebung durch.

Viel zu wenig Nachwuchs

"Der Unmut ist groß", sagte Matthias Deller, Landesvorsitzender des Deutschen Richterbundes. Die zahlreiche Beteiligung an der Veranstaltung verdeutliche den Widerstand gegen die Rotstiftpolitik der rot-roten Landesregierung. "Richter und Staatsanwälte in Brandenburg arbeiten jetzt schon am Limit", sagte Deller.

"Und das nicht erst seit ein, zwei Jahren, die haben 25 Jahre Aufbauarbeit hinter sich." Bei den Sparplänen würde auch nicht berücksichtigt, "dass das Durchschnittsalter der Richter und Staatsanwälte fast 52 Jahre beträgt. Alle Kollegen wissen, dass wir dringend Nachwuchs brauchen, mindestens jedes Jahr 30 neue Richter und Staatsanwälte. Aber die werden von der Landesregierung nicht eingestellt."

Besonders hart sollen von den Sparmaßnahmen die Landgerichte betroffen werden. Geplant ist, 13 Stellen für Vorsitzende Richter am Landgericht (das sind 28 Prozent) und 29 Stellen für Richter am Landgericht (neun Prozent) zu streichen. "Das würde bedeuten, dass dort in in den nächsten Jahren ein Drittel aller Kammern geschlossen wird", kritisierte Deller.

Bei der Staatsanwaltschaft stehen 24 Stellen (zwölf Prozent) auf der Streichliste, hinzu kommen sieben Stellen für Oberstaatsanwälte (14 Prozent). Auch das Brandenburgische Oberlandesgericht ist betroffen, dort sind es sechs Richterstellen (14 Prozent) und eine der insgesamt 13 Stellen für Vorsitzende Richter am Oberlandesgericht.

"Wir sind zu langsam"

"In der Konsequenz", sagte Deller, "müssen Bürger sehr viel länger auf ihre Urteile warten." Als Beispiel nannte er die Klage eines Gläubigers, dem 200 Euro bei einem Kauf nicht gezahlt wurden. "In Brandenburg geht das dann nicht wie in anderen Bundesländern in drei, vier Monaten über die Bühne", sagte der Vorsitzende des Richterbundes. "So ein Verfahren kann dann bei uns schon mal ein Dreiviertel- oder ein ganzes Jahr dauern. Kurzum – wir sind viel zu langsam."

Brandenburgs Justizminister Helmuth Markov (Linke) erklärte, dass diese Probleme von der Landesregierung durchaus auch gesehen und berücksichtigt würden. Der Doppelhaushalt 2015/2016 ermögliche jährlich 45 bis 50 Einstellungen. Damit könne Personal auch Schritt für Schritt verjüngt werden, so Markov.

Bei der Protestkundgebung erntete Markov dafür bitteres Gelächter und empörte Zwischenrufe. "Er kann uns nicht mit Zahlen zuschütten und die Realität verdrängen", kritisierte Deller, zugleich Direktor des Amtsgerichts Königs Wusterhausen. Die Argumentation des

Justizministers, in den Sozialgerichten sei die Zahl der Richter in zurückliegender Zeit sogar erhöht worden, bewertete der Richterbund-Chef als "Feigenblatt".

Polizei sympathisiert mit streikenden Richtern

Es sei zwar richtig, "dass an den Sozialgerichten 19 neue Stellen geschaffen wurden, um die Hartz-IV-Klagen besser in den Griff zu bekommen. Die Sozialgerichte waren aber zuvor auch deutlich unterbesetzt." Als Affront wurde gewertet, dass Markov und Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) sich keine Zeit für ein kurzes Gespräch mit den Demonstranten genommen hatten. Er halte "die Straße nicht für den richtigen Platz für derartige Gespräche", erklärte Justizminister Markov und erntete dafür Kritik von der CDU-Abgeordneten Barbara Richstein: "Das wäre eine Frage des Stils gewesen."

Der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Danny Eichelbaum, sah durch den geplanten Stellenabbau "den Rechts- und Wirtschaftsstandort Brandenburg gefährdet". Die Beschäftigten würden schon jetzt dauerhaft an der Grenze der Belastbarkeit arbeiten. "Die Leidtragenden dieser verfehlten Personalpolitik werden neben den Justizbeschäftigten vor allem die Bürgerinnen und Bürger sein", sagte Eichelbaum.

Unterstützung für die protestierenden Juristen kam auch von der Polizei. "Kaputt gespart – erst die Polizei und jetzt die Justiz", hieß es vom Bund Deutscher Kriminalbeamter. "Sicherheit und Recht dürfen nicht kaputt gespart werden", forderte die Gewerkschaft der Polizei.

Quelle: Berliner Morgenpost, 29.05.2015



Konstituierende Sitzung des CDU-Landesvorstandes in Potsdam am 08.05.2015

CDU-Landesparteitag in Schönefeld am 25.04.2015



Die Richter und das Geld für Vereine - Opferfonds soll freie Vergabe beenden

Von Ulrich Thiessen Potsdam (MOZ) Brandenburgs Richter und Staatsanwälte haben 2014 rund 1,8 Millionen Euro aus Bußgeldern und Auflagen verteilt. Die knappe Hälfte ging an das Land, der Rest an gemeinnützige Vereine. Im Parlament regt sich Widerstand gegen diese Handhabung. Eine Liste von 1500 geprüften, gemeinnützigen Vereinen steht den Richtern an Amtsgerichten und Landgerichten sowie den Staatsanwälten zur Verfügung. Wird ein Verfahren gegen Geldauflage eingestellt, kann der Jurist entscheiden, ob die Summe der Landeskasse zu Gute kommt oder einem der Vereine.

Letztere wenden sich auch oft mit persönlichen Schreiben an Richter, um diese für sich zu gewinnen. Eine in dieser Woche vom Oberlandesgericht veröffentlichte Liste derjenigen Empfänger, die 2014 mehr als 1000 Euro erhielt, listet Vereine wie den Weißen Ring auf, der sich um Opfer von Straftaten kümmert (er erhielt 29 000 Euro) oder einen Verein für Bewährungshilfe in Neuruppin (5000 Euro). Tierschutzvereine und mehre Kindereinrichtungen finden sich unter den Begünstigten wie auch international agierende Hilfsorganisationen. Allerdings profitieren auch Vereine außerhalb Brandenburgs von den Bußgeldern. Ein Verein "Frauen helfen Frauen" in Stuttgart erhielt in den beiden vergangenen Jahren rund 8000 Euro. Er betreibt nach eigener Aussage ein Frauenhaus in der baden-württembergischen Landeshauptstadt, ein Engagement in Brandenburg gibt es nicht. Ein gleichnamiger Verein in Fürstenwalde, der ebenfalls ein Frauenhaus unterhält, erhielt zuletzt 50 Euro, wie eine Mitarbeiterin erklärte.

Auch viele Berliner Vereine werden von den Brandenburgischen Richtern bedacht. Allen voran die Berliner Parkeisenbahn in der Wuhlheide. Der Präsident des Oberlandesgerichtes, Wolfgang Kahl, hält das Prinzip der freien Vergabe von Bußgeldern für richtig. Natürlich sei ein Missbrauch nicht ausgeschlossen, beispielsweise wenn ein Richter den Reitverein seiner Tochter mit Geldern bedenkt, räumt Kahl ein. Die Veröffentlichung der Liste sei ein Beitrag zur Transparenz. In der Regel würden die Geldauflagen in Vereine fließen, die einen Zusammenhang zur Tat haben - bei Verkehrsvergehen beispielsweise die Verkehrswacht, bei Umweltausfällen Naturschutzverbände. In dieser Hinsicht sei die Zahlung an einen bestimmten Adressaten Teil der Buße, argumentiert auch Matthias Deller, Vorsitzender des Richterbundes in Brandenburg. Er verteidigt die Praxis als Teil der richterlichen Unabhängigkeit. Und genau das könnte sich ändern.

Die Koalitionsfraktionen von SPD und Linker haben vereinbart, in dieser Legislaturperiode einen Opferfonds zu etablieren, der sich aus den Geldbußen speist. Nach Hamburger Vorbild soll ein Ausschuss aus Juristen und Politikern entscheiden, welche Vereine von den Geldern profitieren. Die CDU hatte schon in der letzten Legislaturperiode einen solchen Fonds gefordert. Damit ließe sich Geld beispielsweise für Traumaberatung und Opferbegleitung organisieren, sagt der rechtspolitische Sprecher der CDU, Danny Eichelbaum. Seiner Meinung nach können auch andere kleine Vereine zum Zuge kommen und den Richtern Spielräume für Wiedergutmachungszahlungen gelassen werden. Ein erneuter Antrag der CDU in der letzten Rechtsausschusssitzung, die Diskussion voranzutreiben, lehnten SPD und Linke jedoch ab.

Quelle: Märkische Oderzeitung, 22.05.2015

Besuch der Bundesgartenschau in
Brandenburg an der Havel am 05.05.2015



Deutsche Meisterschaften der Männer (GR) in Aschaffenburg

Luckenwalde. Die Deutschen Meisterschaften der Männer im griechisch-römischen Stil sind Geschichte, doch es waren Titelkämpfe der Superlative, was die Zuschauer an beiden Tagen in der F.A.N.-Arena Aschaffenburg zu sehen bekamen, war Ringkampf vom Allerfeinsten. Auch die Ringer aus Brandenburg, insbesondere aus dem Stützpunkt Frankfurt/O. hatten daran ihren Anteil.

Eine faustdicke Überraschung gab es im Limit bis 75 kg, wo die eigentlichen Favoriten Pascal Eisele (SV Fahrenbach) und Jan Rotter (SV Triberg) um Bronze kämpften. Im Finale stand Damian Hartmann (RSV Hansa 90 Frankfurt/O.), der beide Konkurrenten in den Vorrundenbegegnungen bezwungen hatte, Florian Neumaier (VfK Mühlenbach) gegenüber, der im Vorjahr die deutschen Farben bei den Weltmeisterschaften in Taschkent vertrat. Am Ende hatte der Frankfurter auch im Finalduell gegen Neumaier die Nasenspitze vorn und feierte den 3:1-Punktsieg ausgelassen. „Diesmal hat einfach alles gepasst“, jubelte Hartmann, der zuletzt Leistungssport und seine Prüfungen im Medizinstudium unter einen Hut bringen musste.

Im Halbfinale hatte der Bronzemedailengewinner der diesjährigen U-23-Europameisterschaften Christian John (Eisenhüttenstädter RC) seinen wohl schwersten Kampf des Meisterschaftsturnieres zu bestehen, gegen den Titelverteidiger und WM-Fünften des Vorjahres Eduard Popp (VfL Neckargartach) hielt John über lange Strecken der sechsminütigen Kampfzeit mit, doch am Ende dieses Duells spielte Popp seine Gewichtsvorteile aus und kämpfte sich ins Finale. John erreichte im kleinen Finale mit einem Überlegenheitserfolg über Alexander Klotz (KSV Östringen) nach nur 36 Sekunden Platz drei.

Titelhoffnungen hegte Frankfurt's Stützpunktverantwortlicher Heinz Thiel auch im leichtesten Limit, wo mit Erik Weiß und Alexander Grebensikov gleich zwei starke Ringer antraten. Doch Grebensikov unterlag gegen den derzeitigen DRB-Auswahlringer Deniz Menekse (SV Joh. Nürnberg) im Halbfinale. Noch schlimmer traf es Erik Weiß, der gegen den späteren Sieger Christopher Krämer (TSV Westendorf) bis eine Sekunde vor Schluss führte, dann jedoch noch von der Kampffläche abgedrängt wurde und den entscheidenden Punkt abgab. Damit standen beide Frankfurter in den Kämpfen um Bronze, die Weiß und Grebensikov klar gewannen. Auch Tim Bitterling (66 kg) bot in seinem sehr stark besetzten Limit starke Duelle, unterlag am Ende im Kampf um Bronze und beendete das Meisterschaftsturnier auf einem starken 5. Platz. „Das war eine starke Leistung meiner Jungs, wobei wir im leichtesten Limit die Chance auf einen weiteren Titel noch vergeben haben“, freute sich Trainer Heinz Thiel vor allem über die herausragende Leistung von Damian Hartmann, der mit dem Meistertitel ein dickes Ausrufezeichen hinter diese Leistung gesetzt hat.

Statement RVB-Präsident Danny Eichelbaum zu den Ergebnissen der Deutschen Meisterschaften im Ringen (GR): „1 Goldmedaille und 3 Bronzemedailles bei der DM im griechisch-römischen Ringen runden das gute Abschneiden der Brandenburger Ringer bei den diesjährigen Meisterschaften ab. Krönender Abschluss war ohne Zweifel der Titelgewinn für Damian Hartmann. Alle Brandenburger Ringer haben in Aschaffenburg und in Tuttlingen Bestleistungen erbracht und ihren Beitrag für die erfolgreiche Siegesserie erbracht. Danke und Glückwunsch an alle Athleten und ihre Trainer, diese Leistungen machen uns stolz und glücklich!“

Quelle: Blickpunkt, 20.05.2015

Empfang der Brandenburgischen
Medailengewinner der diesjährigen Deutschen
Meisterschaften im Ringen sowie ihrer Betreuer
am 27.05.2015 in Potsdam



Deutsche Meisterschaften im Ringen (griechisch-römisch) - Titelgewinn für Damian Hartmann

Bei den nationalen Titelkämpfen der Ringer im griechisch-römischen Stil am Wochenende in Aschaffenburg gewann Damian Hartmann (75 kg) den Titel. Zwei Bronzemedailles für Erik Weiß (59 kg) und Christian John (130 kg) runden das gute Ergebnis der Brandenburger Klassiker ab.

Luckenwalde. Eine Woche nach den nationalen Titelkämpfen im Ringen der Männer (Freistil) und Frauen waren auch die Brandenburger Kämpfer in der klassischen Stilart erfolgreich. Allen voran der Luckenwalder Bundesligaringer Damian Hartmann (RSV Frankfurt/Oder). Er sicherte sich am Wochenende den Titel in der 75-Kilo-Kategorie bei den Deutschen Greco-Meisterschaften in Aschaffenburg (Bayern). Mit Christian John (130 kg, Eisenhüttenstädter RC) und Erik Weiß (59 kg, RSV Frankfurt/Oder), die Dritte wurden, standen weitere LSC-Bundesligaringer in Aschaffenburg auf dem Treppchen.

Landesverbandspräsident Danny Eichelbaum sagte zu den Ergebnissen der Brandenburger Ringer bei den Deutschen Meisterschaften im griechisch-römischen Stil: „Eine Goldmedaille und drei Bronzemedailles bei der DM im griechisch-römischen Ringen runden das gute Abschneiden der Brandenburger Ringer bei den diesjährigen Meisterschaften ab. Krönender Abschluss war ohne Zweifel der Titelgewinn für Damian Hartmann. Alle Brandenburger Ringer haben in Aschaffenburg und in Tuttlingen Bestleistungen erbracht und ihren Beitrag für die erfolgreiche Siegesserie erbracht. Danke und Glückwunsch an alle Athleten und ihre Trainer. Die Brandenburger Ringerfamilie ist stolz und glücklich. Die besten Ringer Deutschlands kommen aus Luckenwalde und Frankfurt/Oder.“

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 18.05.2015

Richter-Gehälter kommen auf den Prüfstand

Potsdam (MOZ) Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG) zur Besoldung von Richtern fordert der Brandenburger Landesverband des Deutschen Richterbundes mögliche Auswirkungen auf märkische Richter. "Die Länder und damit auch Brandenburg werden die Pflicht haben, dieses Urteil zu prüfen", sagte Alexandra Kosyra, stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes.

Die Bundesrichter hatten am Dienstag die Besoldung von Richtern und Staatsanwälten in Sachsen-Anhalt als nicht angemessen und verfassungswidrig bezeichnet. Sieben Kläger aus Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz waren vor Gericht gezogen, weil ihre Besoldung seit Langem hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung zurückgeblieben sei. Auch Brandenburg liegt bei der Besoldung bundesweit im hinteren Drittel, nachdem die bundeseinheitliche Einstufung Ende 2006 abgeschafft worden war und dies nun den Bundesländern obliegt. "Brandenburg belegt in der Tabelle einen hinteren Platz - wir sind meist mit Berlin auf Augenhöhe, wobei sich bei den Berlinern etwas zum Positiven verändert", sagt Kosyra.

Jetzt müsse man aber zunächst die Urteilsbegründung abwarten, bevor aus dem BVG-Verfahren Rückschlüsse auf Brandenburg gezogen werden könnten.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert indes eine Überprüfung, "ob alle Richter und Staatsanwälte in Brandenburg verfassungsgemäß besoldet werden". Wie deren rechtspolitischer Sprecher Danny Eichelbaum am Dienstag betont, sei nicht zu rechtfertigen, dass diese Berufe in Brandenburg schlechter bezahlt werden als in anderen Ländern. "Das Verfassungsgericht hat in beispielloser Klarheit und Deutlichkeit die teilweise zu niedrige Besoldung kritisiert und Maßstäbe für die

Ermittlung der noch zulässigen Untergrenze der Besoldung in der dritten Gewalt festgelegt", sagt Eichelbaum.

Viele Länder hatten niedrige Beamtenbezüge in der Vergangenheit mit der schlechten Kassenlage begründet. Der schlanke Hinweis der Politik allein auf die Vorgaben der Schuldenbremse reiche nun aber nicht mehr aus, stellt Christoph Frank, Vorsitzender des Deutschen Richterbundes, klar. "Künftig wird über die Wertschätzung für die Ämter in der Justiz transparent diskutiert werden müssen."

Quelle: Märkische Oderzeitung, 05.05.2015

Festveranstaltung 25 Jahre Deutsche Justizgewerkschaft
Brandenburg in Potsdam am 10.04.2015



Gemeinsamer Jugendarrest kommt - Ab 2016 werden straffällige Brandenburger Teenager in Berlin untergebracht

Lange hat es gedauert, nun aber scheint der Staatsvertrag über den Jugendarrest in trockenen Tüchern zu sein.

Potsdam/Berlin. Voraussichtlich ab Januar 2016 wird es in Berlin und Brandenburg einen gemeinsamen Jugendarrest geben. Am Freitag stellten Berlins Justizsenator Thomas Heilmann (CDU) und Brandenburgs Justizminister Helmuth Markov (Linke) den Entwurf eines entsprechenden Staatsvertrags vor. Anstelle des Neubaus einer eigenen Jugendarrestanstalt in Königs Wusterhausen wird das Land Brandenburg demnach insgesamt zehn Plätze in der Berliner Arrest-anstalt im Stadtteil Lichtenrade belegen. Dafür erhält das Land Berlin jährlich rund 350 000 Euro von Brandenburg, der Tagessatz für einen Arrestanten soll 96 Euro betragen. Derzeit gibt das Land rund 1,2 Millionen Euro für den Betrieb der Anstalt in Königs Wusterhausen aus. Sie ist nach Angaben Markovs mit durchschnittlich sieben Jugendlichen belegt. Wie Markov betonte, werde auch in der Berliner Anstalt das Brandenburger Jugendarrestvollzugsgesetz für die dort untergebrachten Brandenburger gelten.

"Der Vollzug soll nicht länger als Rache oder Strafe verstanden werden", so Markov. "Für uns steht der Resozialisierungsgedanke klar im Vordergrund." So sieht das Brandenburger Gesetz etwa vor, dass Jugendliche nach ihrer Arrestzeit von freien Trägern betreut werden sollen. Befürchtungen, wonach Berliner Jugendliche Brandenburger negativ beeinflussen könnten, wie sie etwa vom Deutschen Richterbund geäußert wurden, wies Markov zurück. "Jeder darf sich zu allem äußern, wie es ihm gefällt", sagte Markov. Er könne "mitnichten sagen, dass Landeier" weniger kriminell seien als Großstadtjugendliche. Vor der Eröffnung des gemeinsamen Jugendarrests müssen in beiden Ländern die Kabinette und die Landesparlamente dem Staatsvertrag zustimmen.

In Berlin muss das Abgeordnetenhaus sogar zwei Mal beraten. Am Freitag begrüßten auch die rechtspolitischen Sprecher der CDU in Berlin und Brandenburg die Pläne. "Wir begrüßen es, dass in den Verhandlungen mit Berlin nun endlich Licht im Tunnel zu sehen ist", sagte der rechtspolitische Sprecher der Brandenburger CDU-Fraktion, Danny Eichelbaum. "Nach der Schaffung von vier gemeinsamen Gerichten ist die Zusammenarbeit im Justizvollzug ein weiterer guter Schritt zu einer engeren Zusammenarbeit der beiden Länder", sagte auch der Berliner CDU-Rechtspolitiker Sven Rissmann. "Berlin hat die freien Kapazitäten und Brandenburg den Bedarf - von dieser Zusammenarbeit profitieren beide."

Quelle: Lausitzer Rundschau, 25.04.2015

CDU: Personalprobleme in Justiz verschärfen sich - Zwischen 2020 und 2030 gehen 230 Richter in den Ruhestand / Viele offene Stellen

Die Personalprobleme in der Brandenburger Justiz werden sich in den kommenden Jahren deutlich verschärfen: Wie aus der Antwort der Landesregierung auf eine "Kleine Anfrage" des CDU-Rechtspolitikers Danny Eichelbaum hervorgeht, werden in der Zeit von 2020 bis 2030 rund 230 Richter in den Ruhestand treten. In den vergangenen fünf Jahren waren es lediglich 49. Schon heute sind aber zahlreiche Stellen in der Justiz nicht besetzt. Dazu zählen etwa der Posten des Vizepräsidenten des Brandenburger Oberlandesgerichts, der wegen eines Rechtsstreits derzeit nicht ausgeschrieben werden kann.

Im Bereich der Leitungsstellen unbesetzt sind derzeit ferner die Präsidentenstelle des Amtsgerichts Potsdam, die Vizepräsidentenstelle des Landgerichts Frankfurt (Oder), die Stelle des Amtsgerichtsdirektors in Perleberg und der stellvertretenden Direktoren in Senftenberg, Eberswalde und Oranienburg. Ausgeschrieben sind ferner die Stellen der Präsidenten des Finanzgerichts und des Landessozialgerichts. Der Umgang des Justizministers mit der Neubesetzung von Stellen für Gerichtspräsidenten, Vizepräsidenten, Gerichtsdirektoren und deren Stellvertretern sei "absolut inakzeptabel", sagte Eichelbaum gegenüber der RUNDSCHAU.

Obwohl die Termine für Neubesetzungen lange vorher feststünden, blieben die Stellen über einen erheblichen Zeitraum unbesetzt. Dies stelle eine "Missachtung der Brandenburger Justiz durch die Landesregierung" dar. Verschärft werde diese Situation durch zahlreiche unbesetzte Richterstellen. "Jeder Brandenburger Bürger hat ein Grundrecht auf ein zügiges Verfahren", sagte Eichelbaum. "Dieser Rechtsanspruch darf von der Landesregierung nicht mit Füßen getreten werden."

Quelle: Lausitzer Rundschau, 21.04.2015

Luckenwalder Ringer Nick Matuhin wurde ins Brandenburger Olympiateam berufen

Luckenwalde. Bereits jetzt laufen in allen Sportarten die Vorbereitungen auf die Olympischen Spiele im Jahr 2016 in Brasilien auf Hochtouren.

48 Spitzensportlerinnen und Spitzensportler des Landes Brandenburg sowie ihre 25 Trainerinnen und Trainer haben besonders gute Aussichten auf eine Teilnahme an den Olympischen und Paralympischen Spielen im nächsten Sommer in Rio de Janeiro. Sie alle sind Teil des TEAM RIO – LAND BRANDENBURG, das in Potsdam berufen wurde.

Zum Brandenburger Olympiateam gehört auch der Luckenwalder Spitzenringer Nick Matuhin. Der 25 jährige Freistilringer hat bereits 2012 an den Olympischen Spielen in London teilgenommen und zahlreiche nationale und internationale Medaillen gewonnen. Entsprechend stolz ist man im Ringerverband Brandenburg und im Bundesstützpunkt in Luckenwalde.

Der Präsident des Ringerverbandes Brandenburg, Danny Eichelbaum, der an der feierlichen Veranstaltung im Beisein des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg teilnahm, hob die sportlichen Leistungen von Nick Matuhin hervor und lobte den Bundesstützpunkt Ringen für seine gute Nachwuchsarbeit."



Nick ist ein hervorragender sportlicher Botschafter für das Land Brandenburg.", so Danny Eichelbaum.

„Wir sind stolz, dass Nick Matuhin von allen Verantwortlichen im Sport, nach der Olympiateilnahme in London 2012, erneut das Vertrauen für seine zweiten olympischen Spiele gegeben wurde", so Christian Buddeweg, Präsident des 1. LSC.

Der sportliche Fahrplan für dieses Ziel wurde vom Stützpunktrainer Heiko Röhl in Abstimmung mit Bundestrainer, Verein und Nick Matuhin erarbeitet.

Vor wenigen Tagen wurde die Planung erfolgreich vor dem zuständigen Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, dem Landessportbund und dem Olympiastützpunkt Brandenburg verteidigt.

Alle Teammitglieder werden bei ihrer Vorbereitung auf die Qualifikation für die Sommerspiele von der Sporthilfe Brandenburg finanziell gefördert und durch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit unterstützt.

„Das Team wurde nach strengen Auswahlkriterien nominiert", sagte Wilfried Lausch zur Berufungsveranstaltung in der Reithalle A des Potsdamer Hans Otto Theaters.

„Mit der Berufung wollen wir den Sportlern einerseits unser Vertrauen aussprechen und auch noch den letzten Rest an Motivation herauskitzeln. Andererseits wollen wir sie mit einem Fördervertrag zusätzlich entlasten, damit sie sich noch intensiver auf die anstehenden Qualifikationen für die Spiele fokussieren können und so für möglichst viele Sportler aus der Mark der olympische Traum auch Wirklichkeit wird," so Lausch weiter.

Die Berufenen sind durch ihre Leistungen der vergangenen Monate die derzeit aussichtsreichsten Anwärter auf eine „Olympiafahrkarte" und kommen aus 13 Sportarten sowie drei paralympischen Sportarten.

Quelle: Blickpunkt, 07.04.2015

Kriminalität: Streit um Strafrechtsverschärfung - CDU fordert verstärktes Vorgehen gegen Stalker

Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Hessen wollen die rechtliche Handhabe gegen sogenannte Stalker erweitern und Strafbarkeitslücken schließen. Ein entsprechender Gesetzentwurf, der kriminelles Nachstellen schneller und effektiver verfolgen und ahnden soll, liegt im Bundesrat vor.

Potsdam. Brandenburgs CDU hat die rot-rote Landesregierung aufgefordert, stärker gegen das sogenannte Stalking vorzugehen. „Hier müssen Lücken im Strafrecht geschlossen werden", sagt der rechtspolitische Sprecher der CDU im Landtag, Danny Eichelbaum. Die Christdemokraten unterstützen einen entsprechenden Gesetzentwurf aus Bayern, der im Bundesrat auch von Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Hessen mitgetragen wird. Ziel sei, die Opfer von kriminellen Nachstellungen besser zu schützen, so Eichelbaum. „Bisher können Staatsanwälte erst handeln, wenn eine schwerwiegende Beeinträchtigung im Leben des Opfers eingetreten ist, der Betroffene etwa seine Arbeit aufgibt oder den Wohnort wechselt und in die Anonymität abtaucht." Es sei aber ungerecht, wenn das Opfer handeln müsse, sagt Eichelbaum. „Wir müssen den Tätern die rote Karte zeigen, bevor der Psychoterror zum Unglück führt.

Den akuten Handlungsbedarf zeigt laut Eichelbaum allein schon die Statistik: Während es 2012 bundesweit etwa 20 000 Verdächtige gab, seien nur 313 tatsächlich wegen Stalkings verurteilt worden. Die Brandenburger Polizei registriert im Schnitt täglich drei solcher Fälle – 2013 waren es insgesamt 1240.

Ein Fall in Brandenburg bestärkt Eichelbaum in seiner Forderung. Die 36-jährige Möbelverkäuferin Petra F. aus Frankfurt (Oder) war vor zwei Wochen Opfer der tödlichen Messerattacke eines mutmaßlichen Stalkers geworden. Der 35-jährige Täter, der die Frau vor den Augen von Kunden niederstach, soll sein Opfer längere Zeit über das Internet belästigt haben.

Brandenburgs Justizminister Helmuth Markov (Linke) lehnt eine Änderung des seit knapp zehn Jahren bestehenden Stalking-Paragrafen im Strafgesetzbuch ab. Er warnte vor „juristischem Aktionismus“, durch den die Rechtssicherheit nicht wirklich erhöht werde. Es sei objektiv kaum zu fassen, ob die Handlung eines vermeintlichen Täters tatsächlich zu Beeinträchtigungen beim Opfer führe, heißt es aus dem Ministerium. Auch der Potsdamer Rechtsanwalt und frühere CDU-Politiker Peter-Michael Diestel, der selbst Mandaten in Stalking-Fällen vertritt, ist gegen eine Strafrechtsverschärfung. „Es müssen nur die vorhandenen Gesetze rigoros angewandt werden“, so Diestel. „Man muss Menschen, die andere belästigen, konsequent verfolgen.“

Aus Sicht von Mecklenburg-Vorpommerns Justizministerin Uta-Maria Kuder (CDU) reicht die bisherige Rechtsgrundlage nicht, um den Schutz von Menschen zu stärken, „die sich mutig gegen Stalker stellen und ihre Lebensumstände nicht ändern wollen“. Bislang reichten körperliche oder seelische Beeinträchtigungen des Opfers wie etwa Schlafstörungen, Panikattacken oder Depressionen allein nicht aus, um dem Stalking juristisch ein Ende zu setzen. „Das muss sich zügig ändern“, so Kuder. Tatsächlich soll es Behörden möglich sein, frühzeitig gegen ständige Telefonanrufe und das Auflauern von Menschen vorgehen können. In der Praxis bleibt das jedoch schwierig. „Wir müssen genau prüfen, ob wir es tatsächlich mit einer Nachstellung oder lediglich mit einer Beleidigung zu tun haben“, so Dietmar Keck, Sprecher des Polizeipräsidiums.

In der Bundesregierung gibt es bislang wenig Interesse, genau das zu tun. Zwar hatten SPD und Union sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, den Tatbestand des Stalkings enger zu fassen und die Hürden für eine Verurteilung zu senken, passiert ist aber bislang nichts. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) liegt bereits seit vergangenem Dezember eine Online-Petition mit 80 000 Unterschriften vor.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 24.03.2015



Gespräch mit dem stellv. Landesbranddirektoren Herrn Pranz und Herrn Dressler zu den Herausforderungen des Brand- und Katastrophenschutzes in Brandenburg am 31.03.2015 in Potsdam

Ausgewählte Termine Juni/Juli 2015

- 12.06.2015 Plenum des Landtages (ganztäglich)
- 13.06.2015 10.00 Uhr Brandenburg Cup in Luckenwalde
- 16.06.2015 10.00 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik in Potsdam
11.00 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion
- 16.06.2015 18.30 Uhr Mitgliederversammlung CDU Ludwigsfelde
- 19.06.2015 18.00 Uhr Kreisparteitag der CDU Teltow-Fläming in Rangsdorf
- 20.06.2015 10.00 Uhr Sommerfest in Ludwigsfelde
- 22.06.2015 19.00 Uhr Diskussionsrunde der Bürgerinitiativen gegen Windkraft in Wünsdorf
- 23.06.2015 10.00 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik in Potsdam
11.00 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion
- 24.06.2015 10.00 Uhr Auftaktveranstaltung des Konversionsommer in Mellensee
13.30 Uhr Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung des Landtages Brandenburg
- 25.06.2015 09.30 Uhr Empfang einer Delegation des Justizministeriums Kirgisistan
11.30 Uhr Sitzung des Rechtsausschusses des Landtages
18.00 Uhr Sitzung der CDU-Kreistagsfraktion in Jüterbog
- 29.06.2015 17.00 Uhr Sitzung des Kreistages in Luckenwalde
- 30.06.2015 10.00 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik in Potsdam
11.00 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion
14.00 Uhr Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission in Potsdam
- 01.07.2015 10.00 Uhr Besuchergruppe aus Teltow-Fläming im Landtag
18.00 Uhr Sommerfest der Landesregierung in Potsdam
- 02.07.2015 13.30 Uhr Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung des Landtages Brandenburg
- 04.07.2015 09.00 Uhr Baltic Games in Brandenburg a.d.H.
- 07.07.2015 10.00 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik
11.00 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
- 08.07.2015 Plenum des Landtages (ganztäglich)
19.00 Uhr Parlamentarischer Abend des RBB
- 09.07.2015 Plenum des Landtages (ganztäglich)
- 10.07.2015 14.00 Uhr Besuchergruppe aus Teltow-Fläming im Landtag
18.00 Uhr Sitzung des CDU-Landesvorstandes in Potsdam
- 11.07.2015 14.00 Uhr Dorffest in Siethen
- 12.07.2015 10.00 Uhr Festveranstaltung 25 Jahre 1.LSC in Luckenwalde

Impressum:

*Wahlkreisbüro Danny Eichelbaum MdL, Albert-Tanneur-Straße 27, 14974 Ludwigsfelde
Tel: 03378/5480888 Fax: 03378/5480886 E-Mail: info@danny-eichelbaum.de*